

LOBBYISMUS UND UMWELTVERTRÄGLICHKEIT

VIERTÄGIGE STUDIENFAHRT IN DIE EUROPÄISCHE HAUPTSTADT BRÜSSEL



Foto: Heinz Wraneschitz

Pia Eberhardt von CEO erklärt der Gruppe, wie Lobbyismus in Brüssel funktioniert. Hier vor der EU-Kommission am Place Schumann

Gutes Klima, schlechter Handel? Klima-, Rohstoff- & Handelspolitik in Europa: Ende Juni war die DGS Mitveranstalter einer Studienfahrt. Sie führte politisch Aktive und MultiplikatorInnen aus Zivilgesellschaft & grüner Wirtschaft nach Brüssel.

Biomasse für Tank oder Teller

Von einer „komplexen Bioenergieproblematik“ spricht Laszlo Maraz vom „Forum Umwelt & Entwicklung“ Berlin. Maraz ist im Organisationsteam für Bioenergie zuständig. Die Konkurrenz Tank und Teller ist für ihn „immer da, zumal Bioenergie durch nicht nachhaltigen Anbau das Klimaproblem noch verschlimmern kann.“ Zudem gehen „jedes Jahr weltweit 15 Mio. Hektar Wald, dazu Savannen und Feuchtgebiete verloren“, Ackerland werde knapper, es komme zu „Versteppung, Versalzung, Erosion.“

Maraz räumt aber auch mit Missverständnissen auf: „Nur ein Viertel der Maisanbaufläche wird für Biogas genutzt – drei Viertel ist für Viehfutter. Der steigende Fleischverbrauch ist das Problem“, und auch, dass immer mehr Stärke für Papier aus Mais gewonnen werde. Deshalb sei es nicht grundsätzlich falsch, „im Energiemix einen Anteil der vergleichsweise CO₂-armen Bioenergie als Ersatz fossiler Energie zu verwenden.“ Maraz sieht vor allem die fehlenden Sozialkriterien für Anbau und Produktion, aus denen Bioenergie gewonnen werden kann, kritisch. So werde nur bei sechs Prozent des importierten Palmöls auf Nachhaltigkeit geachtet: Dieser Teil wird in Pflanzenöl-

Motoren verbraucht. Der große, nicht zertifizierte Palmöl-Rest werde zu Margarine verarbeitet.

Problematik: Bioenergieimporte

Auch für Futtermittel gebe es keine Standards, und für andere Biomasseimporte wie Soja oder Zuckerrohr „will die Bundesregierung Nachhaltigkeitsquoten festlegen“, ergänzt Tobias Reichert von Germanwatch aus Berlin. „Mehr als zwei Drittel der landwirtschaftlichen Importe sind Futtermittel“, wovon Sojaschrot mit 35 Mio. Tonnen die Hälfte ausmache. Anders als öffentlich wahrgenommen, werde Nahrung aus Deutschland und der EU exportiert. Für Reichert die „Hauptfrage: Welche Export-Subventionen sind erlaubt – und wie viele Rechte bekommen Entwicklungsländer, um ihre Märkte zu schützen?“

Sebastian Rötters von FIAN Köln, dem Food First Informations- und Aktionsnetzwerk, hat dann auch Angst vor der Rohstoffinitiative der EU. Die solle den EU-Ländern den Zugang zu Rohstoffvorkommen in Drittländern sichern. Ein Satz darin lautet „zu gleichen Bedingungen für alle“, was für Rötters und andere Umweltaktivisten bedeutet: Die so genannten Entwicklungsländer dürften nicht selbst entscheiden, wem sie welchen Rohstoff zu welchen Konditionen liefern. Und auch den Kauf von Land durch Investoren dürften die „Drittländer“ nicht behindern, so die EU-Meinung.

Mobilität dank Bioenergie

Umweltlobbyisten wie Robbie Blake von Friends of the Earth Europe (FoEE) fordern „Nachhaltigkeitskriterien in den EU-Vorgaben, die weiter gehen“, gerade wenn es um „Agro-Treibstoffe“ gehe, also Sprit vom Acker. Immerhin schreibe die „Renewable Energy Directive“ der EU vor, „10% des Transportverbrauchs durch Erneuerbare zu produzieren. Das ginge auch mit Elektrozügen und Ökostrom. Aber unglücklicherweise konzentriert sich jeder auf Agrotreibstoffe“, in Deutschland vor allem den in Benzin oder Diesel beigemischten Pflanzensprit für Autos.

Ob Bioethanol aus brasilianischem Weizen oder Zucker, Biodiesel aus indo-

nesischem Palmöl: Allein in Deutschland soll 64% importiert werden, weiß Blake. „Land Grabbing“, also der billige Verkauf großer Landflächen durch arme Regierungen wie in Ghana, Mozambik oder Tansania sei die Folge – die Gemeinden dort seien dagegen die Verlierer, weil sie sich nicht gegen die Investoren von außerhalb wehren könnten. „Ein großes Problem, das viel Leben in Afrika zerstört. 20–30% der Flächen entziehen Agrotreibstoffe so der Landwirtschaft. Und: Importierte Agrotreibstoffe sind bis zu 81% so gefährlich für die Klimakatastrophe wie fossile Energieträger“, hat Blake errechnet und fordert „Druck auf den Kommissar Oettinger“, den deutschen Energiechef der EU, durch sein Heimatland, „das leistungsfähigste Land der EU, das viel Einfluss hat.“

FoEE, FERN, EREC, 11.11.11.

Doch wie? Zwar ist FoEE mit 25 Lobbyisten in Brüssel eine große unter den Ökoorganisationen. Doch bei insgesamt 17.000 offiziell bekannten Lobbyisten, die auf die 11.000 Kommissionsbeamten in der Europahauptstadt einwirken, stellen die „Alternativen“ eine verschwindende Minderheit.

Sie heißen FERN (Forests and the European Union Resource Network) und kümmern sich um „Wälder, Ökolabel, Biodiversität“; EREC (European Renewable Energy Council) oder „11.11.11“ (der Name stammt vom Ende des 1. Weltkriegs) und beschäftigen sich mit Handelspolitik: Immer sind es nur wenige Hauptamtliche, die in Brüssel für Bioenergie und Nachhaltigkeit eintreten, wenn auch gerne „gemeinsam mit anderen.“ Man habe zwar „mehrere Gespräche mit der Kommission pro Jahr“, sei aber „sehr enttäuscht“, wenn die EU wieder mal „keine Nachhaltigkeitskriterien aufstellen will für Biomasse“, sondern „nur freiwillige Verpflichtungen“, gibt Verle Dossche von FERN zu. Dabei soll „Biomasse bis 2020 50% der Regenerativ-Energie liefern. Wir wollen wissen: Wie.“

Denn: „Der Forst holt das CO₂ wieder aus der Luft, aber nicht sofort. Weshalb die Emissionen in den nächsten Jahrzehnten steigen werden. Holznutzung trägt also nicht zur Verhinderung des

Klimawandels bei. Wir brauchen diese Debatte“, fordert Verle Dossche – bislang vergebens: „Die Kommission hat nicht darauf reagiert.“

Zertifikate für wenige, Rohstoffe für die EU

Ein weiteres Thema, um das sich FERN kümmert: „Zertifikate. Die können keine Probleme lösen, sondern sind ein PR-Instrument.“ Was Robbie Blake (FoEE) genauso sieht: „Die Kriterien der Zertifikatssysteme sind völlig intransparent. Wenn für zertifiziertes Palmölanbau entwaldet wurde, ist das System unserer Meinung nach völlig unpassend“, nennt er ein Beispiel. Zwar müsse „Feste Biomasse trotzdem zertifiziert sein.“ Doch ob Zertifikate von FSC, RSPO oder RED: Soziales spielt dabei meist keine Rolle. Paulo A. Schönardie, brasilianischer Doktorand und Studienfahrtteilnehmer, berichtet aus der Praxis: „Bei der Zertifizierung werden die zwei Milliarden Kleinbauern weltweit nicht gefragt. Wer kann sich zertifizieren? Nur die Großen. Am Ende werden wohl nur die zertifiziert sein.“ Und die Kleinen schauen in die Röhre, wie ihm ein Kleinbauer erzählte: „Es kam ein Zertifizierer, das hat gekostet, und uns nichts gebracht.“

Kein Wunder. Denn laut Marc Maas von 11.11.11 kümmert sich „die Europäische Handelspolitik vor allem um Entwicklungsländer.“ Dieses Ziel der seit Jahren laufenden europäischen „Rohstoffinitiative“ kennen auch die deutschen EU-Parlamentarier, die den Besuchern Rede und Antwort stehen. Doch während Sabine Wils (Linke, Umweltausschuss) und Ska Keller (Grüne, Innenausschuss) die Initiative sehr kritisch sehen, steht der mächtige CDU-Mann Daniel Caspary, Vorsitzender des Handelsausschusses, voll dahinter.

Freihandelsabkommen ohne Rücksichten

Die EU-Rohstoffinitiative springe von Markt zu Markt und versuche überall billiger zu beschaffen. „Dabei sinken die sozialen Aspekte immer weiter“, erläutert Marc Maas. Vor allem auch durch die „Freihandelsabkommen (FTA), die fast die halbe Welt mit der EU hat. Nachhaltigkeit und soziale Auswirkungen stehen da nicht drin“, kritisiert er. Zumal bei allen FTA-Verhandlungen „ein großes Demokratiedefizit herrscht.“ Das zu ändern sei Sache der Regierungschefs im EU-Rat. „Frau Merkel hat großen Einfluss auf die Politik der Kommission“, doch das müsse den Bürgern wieder ins Bewusstsein gelangen. Die Regierungen der Mitgliedsländer behaupten immer wieder, „das hat Brüssel beschlossen“, statt selbst die Verantwortung zu übernehmen, meint Maas.

Bei den Verhandlungen wurden viele Drittweltländer überfahren. Doch nicht alle lassen das mit sich machen. Beispiel Brasilien, wo die FTA-Gespräche bereits seit 1999 laufen. Das südamerikanische Boom-Land braucht gerade viele Energie-Rohstoffe selbst und ist deshalb in einer vergleichbar guten Situation. Marcos Savini, Energie- und Umweltchef der brasilianischen Botschaft bei der EU fordert denn auch, die EU solle Nachhaltigkeitskriterien nicht für alle FTA-Partner gleich aufstellen, sondern auf jedes einzelne Land anpassen. Brasilien wisse selbst, dass dort Bioenergie nur in Wüstengebieten und Brachland produziert werden sollte; andererseits habe man bereits „mehr als 50% geschütztes Land“, insgesamt 2,4 Mio. Quadratkilometer. „Wir sehen uns als Nachhaltigkeitsvorreiter“, straft er anderes verbreitende Politiker in Europa Lügen. In der EU gibt es dagegen nach Kommissionsangaben nur für Biotreibstoffe klare Umweltkriterien.

„Wenn jemand nicht in die EU verkaufen darf, dann verkauft er es eben woanders hin. Oder wenn er keine Energiepflanzen exportieren darf, dann liefert er eben Zucker“, stellt Savini klar, dass die EU sein Land nicht unter Druck setzen kann, ein FTA zu unterzeichnen, das nur europäische Vorstellungen enthält. Denn „Brasilien mit 200 Mio. Menschen ist ein kompliziertes Land. Wir haben Gesetze, auch für Arbeit. Und auch in Europa, zum Beispiel in Spanien werden Sie schlechte Arbeitsbedingungen finden. Die Europäer dürfen nicht verallgemeinern, das ist nicht fair.“

Auch zum Thema Biosprit hat Savini eine dezidierte Meinung: „Wir exportieren nicht nur Bioenergie, sondern haben in den letzten 5 Monaten sogar Äthanol importiert. In Brasilien gibt es Autos mit Mischsystemen, da kannst Du zwischen 0 und 100% mischen. E85 funktioniert in Schweden oder Brasilien seit Jahren. In 10, 15 Jahren wird es 80 Mio. Autos in Brasilien geben. Die neuen haben alle Flex Fuel. Deshalb hat mich die Debatte über E10 in Deutschland amüsiert.“

Öko-Lobbyisten in Brüssel

Doch es scheint die Ausnahme, dass sich ein David (wie Brasilien oder die Umweltverbände) gegen „Goliath“ (Europa oder die Industrielobby) behaupten kann. Oft gewinnt doch die Macht des Geldes. „Wir spielen zwar mit, aber die Industrie ist reicher und hat mehr Kapazität“, erklärt Marc Maas von 11.11.11 und ergänzt: „Die Wirtschaft gewinnt oft, weil deren Leute in den Hinterzimmerdiskussionen dabei sind. Das können wir nicht leisten.“ Ein Eindruck, der sich bei den Teilnehmern der Studienfahrt nach einer „Alter-

nativen Lobbytour“ noch verstärkt. Pia Eberhardt von alter-eu.org zeigt, wo das Geld steckt; wie Medien und Wirtschaftsverbände zusammenkommen, ohne dass es die Journalisten sofort merken. Und da können auch Lobbyisten des Industrieverbands Business Europe wie Anka Schild noch so schlecht argumentieren („Die hohe Nachfrage aus Indien und China hebt die Preise“) – die Masse der wohlhabenden Wirtschaftslobby macht gegenüber den wenigen Alternativen oft das Meinungsrennen. Zumindest lassen viele Veröffentlichungen der EU-Kommission keinen anderen Schluss zu.

Zumal „Nachhaltigkeitskriterien mit sozialen Bedingungen schwer zu kontrollieren sind. Zwar setzt auf EU-Ebene langsam Umdenken ein. Aber es gibt noch keine konkreten Gesetzgebungsvorhaben“, ist in der deutschen EU-Vertretung zu hören. Und dann sei da noch das Einstimmigkeitsprinzip bei EU-Ratsentscheidungen der Regierungschefs... Wie es weiter geht mit nachhaltiger Energieversorgung, werde wohl im Herbst 2011 klarer: da veröffentlicht die EU-Kommission die „Roadmap Energy 2050“ mit wohl fast CO₂-neutralen Zielen für den Energiesektor sein, da der Verkehr CO₂-haltig bleiben werde.

„Das Auftreten des Brasilianers war erstaunlich: Mir wurde deutlich, wir müssen auf uns schauen; was unsere Multis tun.“ – „Zertifizierung ist kein Gesetzersatz, und auch nicht ein Ersatz für Regeln. Es braucht demokratische Strukturen.“ – „EU-Beamte und Politiker sind eh nur Schauspieler!“ Drei am Ende der Fahrt geäußerte Sätze, die wesentliche Meinungen der Teilnehmer zusammenfassen. Oder wie es Tobias Reichert von Germanwatch ausdrückt: „Wenn wir Biokraftstoffe machen, um die Umwelt zu retten, sollten die besser sein als herkömmliche Kraftstoffe.“ Denn ganz CO₂-frei ist keine Energie.

Doch „Welche Macht hat ein Feigenblatt NGO?“ fragt Michael Frei vom Evangelischen Entwicklungsdienst EED selbstkritisch. Die meisten Öko-Lobbyisten in Brüssel hinterlassen jedenfalls bei den Studienfahrerinnen keinen bleibenden Eindruck, wirken eher deprimiert. Positive Ausnahme: Pia Eberhardt von alter-eu.org, die deutlich sagt, was sie über die geld- und personalstrotzende Konkurrenz denkt.

ZUM AUTOR:

► Heinz Wraneschitz

Bild- und Text-Journalist für Energie- und Umweltthemen

heinz.wraneschitz@t-online.de